

Vermögensauseinandersetzung bei Trennung und Scheidung

Schulz / Hauß

7. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-75457-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Schulz/Hauß
Vermögensauseinandersetzung
bei Trennung und Scheidung


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vermögensauseinandersetzung bei Trennung und Scheidung

von

Dr. Werner Schulz

Leitender Richter
am Familiengericht München a. D.

und

Jörn Hauß

Rechtsanwalt und
Fachanwalt für Familienrecht


beck-shop.de
7. Auflage 2022
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H. BECK

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 75457 9

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

*Meistens hat, wenn zwei sich scheiden,
einer etwas mehr zu leiden.*

Wilhelm Busch hat sicherlich recht. Es heißt aber auch: Geteiltes Leid ist halbes Leid. Mit unserem Buch wollen wir versuchen, auf dem Gebiet der Vermögensauseinandersetzung bei Trennung und Scheidung einen paritätischen Ausgleich zu erreichen. Paritätisch soll natürlich nicht heißen, dass beide Ehegatten gleichermaßen leiden. Wir möchten vielmehr dazu beitragen, dass die ehemaligen Partnerinnen und Partner gleichberechtigt eine faire und sachgerechte Regelung finden können.

Die häufigste Streitfrage – „was ist wieviel wert“ – beantwortet das umfangreiche Vermögensregister von Abfindung bis Zuwendung. Ergänzt haben wir Aktien und Aktienoptionen um Phantomaktien. Eingehend erörtert wurde die geänderte Rechtsprechung des BGH zu Nießbrauch und Wohnrecht. Völlig neu haben wir Grundstücksübertragungen – zumeist von Eltern an ihr Kind – mit Rückfall bei Verkauf des Grundstücks bewertet. Eine sachgerechte Lösung ist hier nur zu erreichen, wenn der Wertzuwachs im Endvermögen durch die abnehmende Lebenserwartung der Eltern in gleicher Höhe dem Anfangsvermögen zugerechnet wird. Die Rückfallklausel kann dann völlig unberücksichtigt bleiben. Der bisher vernachlässigte vorzeitige Zugewinnausgleich wurde erheblich ausgeweitet und sollte auch in der Praxis größere Bedeutung erlangen.

In Kapitel 11 haben wir Tabellen und Berechnungshilfen aufgeführt: zur Indexierung, zum Vorversterbensrisiko, Sterbetafeln, Ab- und Aufzinsungsfaktoren, Barwert von Unterhaltsabfindungen, Kapitalwert lebenslanger Nutzung oder Leistung jeweils mit Beispielfällen und Erläuterungen.

München/Augsburg im Januar 2022

Dr. Werner Schulz

Jörn Hauß

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XXVII
1. Kapitel. Zugewinnausgleich	1
2. Kapitel. Gütergemeinschaft	225
3. Kapitel. Gütertrennung	265
4. Kapitel. Deutsch-französische Wahl-Zugewinnngemeinschaft	269
5. Kapitel. Ehewohnung und Haushaltsgegenstände	271
6. Kapitel. „Sonstige Familiensachen“ nach § 266 I Nr. 3 FamFG	337
7. Kapitel. Steuern in der Vermögensauseinandersetzung	475
8. Kapitel. Vermögensauseinandersetzung mit Schwiegereltern	499
9. Kapitel. Vermögensauseinandersetzung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	525
10. Kapitel. Andere Formen des gemeinschaftlichen Lebens und Wirtschaftens	551
11. Kapitel. Anhang und Tabellen	553
Sachverzeichnis	573

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Literaturverzeichnis	XI

1. Kapitel Zugewinnausgleich

1. Abschnitt. Einführung

A. Gesetzlicher Güterstand	1
B. Grundsätze der Zugewinnngemeinschaft	2
C. Ermittlung des Ausgleichsanspruchs	3
D. Stichtagsprinzip	3

2. Abschnitt. Zugewinn, Anfangs- und Endvermögen

A. Zugewinn (§ 1373 BGB)	5
B. Begriff des Anfangs- und Endvermögens	5
C. Anfangsvermögen (§ 1374 BGB)	6
I. Begriff des Anfangsvermögens (§ 1374 I 1 BGB)	6
II. Negatives Anfangsvermögen (§ 1374 III BGB)	7
III. Erhöhung des Anfangsvermögens durch privilegierten Erwerb (§ 1374 II BGB)	7
1. Erwerb von Todes wegen	8
2. Erwerb mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht	8
3. Erwerb durch Schenkung oder Ausstattung	9
a) Zuwendungen von Dritten	9
b) Zuwendungen unter Eheleuten	9
4. Einkünfte	11
5. Analoge Anwendung des § 1374 II BGB?	13
6. Verrechnung des privilegierten Erwerbs mit negativem Anfangsvermögen	14
7. Nachgiebiges Recht	14
IV. Hochrechnung des Anfangsvermögens (Indexierung)	14
1. Indexierung des Aktivvermögens	14
2. Indexierung des negativen Anfangsvermögens	15
V. Hochrechnung des privilegierten Erwerbs (§ 1374 II BGB)	15
1. Indexierung des Aktivvermögens	15
2. Indexierung eines negativen privilegierten Erwerbs (§ 1374 II BGB)	16
D. Endvermögen (§ 1375 BGB)	16
I. Begriff des Endvermögens (§ 1375 I 1 BGB)	16
II. Negatives Endvermögen (§ 1375 I 2 BGB)	16
III. Stichtag für die Berechnung und die Höhe des Endvermögens (§ 1384)	18
1. Grundregel	18
2. Stichtag nach langem Ruhen des Scheidungsverfahrens	18
3. Stichtag bei fehlender Zustellung des Scheidungsantrags	19
4. Stichtag bei Rücknahme des Scheidungsantrags	19
IV. Illoyale Vermögensminderungen (§ 1375 II BGB)	20
1. Unentgeltliche Zuwendungen	20
2. Verschwendungen	21

	Seite
3. Absichtliche Vermögensbenachteiligung	22
V. Keine Hinzurechnung zum Endvermögen	23
E. Darlegungs- und Beweislast	23
1. Endvermögen (§ 1375 I BGB)	23
2. Anfangsvermögen	24
3. Illoyale Vermögensminderungen (§ 1375 II BGB)	26
3. Abschnitt. Wertermittlung des Anfangs- und Endvermögens (§ 1376 BGB)	
A. Grundsätze der Vermögensbewertung	27
B. Wertbegriffe und Methoden der Wertermittlung:	29
I. Bewertungsgrundsätze	29
II. Modifiziertes Ertragswertverfahren	30
III. Ermittlung des Ertragswerts	31
IV. Kapitalisierung	31
V. Abzug einer latenten Ertragsteuer	34
4. Abschnitt. Bewertung einzelner Vermögensgegenstände	
▶ Abfindungen	41
I. Die Rechtsprechung des BGH	41
1. Regelfall: unterhaltsrechtlicher Ausgleich	41
2. Ausnahme: güterrechtlicher Ausgleich	42
3. Kein Wahlrecht	42
4. Zeitliche Aufteilung der Abfindung für den Unterhalt	42
5. Aufteilung der Abfindung auf Unterhalt und Zugewinn	43
a) Höhe des Unterhaltsanspruchs der Ehefrau F	43
b) Restbetrag für den Zugewinnausgleich der F	44
1. Vor dem Stichtag zugeteilte Aktienoptionen	47
2. Am Stichtag zugesagte, aber noch nicht zugeteilte Aktienoption	48
▶ Freiberufliche Praxis	64
I. Modifizierte Ertragswertmethode	64
1. Substanzwert	64
2. Goodwill	65
3. Abzug eines individuellen Unternehmerlohns	66
4. Kapitalisierung	68
5. Abzug latenter Ertragsteuern	68
6. Gesamtwert	69
II. Modifizierte Umsatzmethode	69
▶ Grundstücke	75
I. Vergleichswert	76
II. Sachwert	76
III. Bodenwert	76
IV. Gebäudewert	77
V. Ertragswert	78
VI. Bestimmung des Verkehrswerts	79
VII. Belastungen	79
VIII. Ausnahmen vom strengen Stichtagsprinzip	80
▶ Grundstücksübertragungen mit Rückfallklausel	81
I. Rückfall bei Verkauf des Grundstücks	81
1. Formulierung des Rückübertragungsrechts	81
2. Vermögensbewertung eines Grundstücks mit einem Verfügungsverbot	83
a) Veräußerungswert	83
b) Bewertung als „unsicheres Recht“	83

	Seite
c) Nutzungswert	83
d) Neue Bewertungsmethode: Vermögenszuwachs als privilegierter Erwerb	84
3. Wertermittlung in dem Fall, dass der Rückforderungs-Berechtigte vor dem Endvermögens-Stichtag verstorben ist	85
a) Bestimmung nach dem Veräußerungswert	85
b) Bewertung als „unsicheres Recht“	85
c) Bestimmung nach dem Nutzungswert	85
d) Bewertungsmethode: Vermögenszuwachs als privilegierter Erwerb	86
II. Rückfall des Grundstücks bei Scheidung	86
1. Formulierung der Rückfallklausel	86
2. Bewertung des Endvermögens	87
3. Bewertung des Anfangsvermögens	87
4. Höhe des Zugewinnausgleichs bei Wertanstieg des übertragenen Grundstücks	88
III. Rückfallklausel und vorzeitiger Zugewinnausgleich	89
▶ Lebensversicherungen	100
I. Abgrenzung: Zugewinnausgleich – Versorgungsausgleich	100
II. Wahlrecht zwischen Lebensversicherungen	101
1. Kapitallebensversicherung mit Rentenwahlrecht	101
2. Rentenlebensversicherung mit Kapitalwahlrecht	102
III. Gemischte Kapitallebensversicherung	103
IV. Kapitallebensversicherung mit gespaltenem Bezugsrecht	104
V. Ausbildungsver sicherung	105
VI. Bewertung einer Kapitallebensversicherung	106
VII. Lebensversicherung und Kreditfinanzierung	108
VIII. Sterbegeldversicherung	108
IX. Bezugsberechtigung einer „verwitweten Ehefrau“	108
▶ Leibgedinge	109
I. Die Rechtsprechung des BGH	109
II. Bewertung eines Leibgedinges	110
1. Wohnrecht	110
2. Geldzahlungen	110
3. Sach- und Pflegeleistungen	110
4. Bewertung der Sach- und Pflegeleistungen „in Geld“	111
5. Umwandlung von „Kost, Wartung und Pflege“ in Geldleistungen	111
6. Bestimmung der Pflegewahrscheinlichkeit	112
▶ Leibrente	112
I. Leibrente als Zahlungsverpflichtung	112
1. Die frühere Rechtsprechung des BGH seit 1990	112
2. Die Rechtsprechung des BGH seit 2005	113
3. Kapitalisierung einer Leibrente	114
a) Anfangsvermögen	114
b) Endvermögen	115
c) Zugewinnausgleich	115
II. Leibrente als Zahlungsanspruch	116
III. Vereinbarung einer Leibrente statt Unterhalt	116
▶ Nießbrauch	120
I. Nießbrauch als Grundstücksbelastung	120
1. „Regelfall“: Minderung der Grundstücksbelastung während der Ehe	120
a) Die frühere Rechtsprechung von 1990 bis 2006	120
b) Die (zwischenzeitliche) Änderung der Rechtsprechung des BGH ab 2006	120
c) Die jetzige Rechtsprechung des BGH	121
d) Berechnung des Zugewinns im Beispielfall	121

e) Berechnung, wenn der Nießbrauchberechtigte vor dem Endvermögens- Stichtag verstorben ist	121
2. „Ausnahmefall“: Erhöhung der Nießbrauchbelastung	122
a) Wertanstieg des Nießbrauchs vom Erwerb des Grundstücks bis zum Ehezeitende	122
b) Berechnung des Zugewinns	122
c) Welche Folgerungen sind aus der differenzierenden Rechtsprechung des BGH für die Praxis zu ziehen?	123
d) Versterben des Nießbrauch- oder Wohnberechtigten während der Ehe	123
II. Nießbrauch als Aktivwert	124
III. Berechnung eines Nießbrauchrechts	124
▶ Wohnrecht	148
I. Wohnrecht als Grundstücksbelastung	148
II. Wohnrecht als Aktivwert	148
III. Berechnung eines Wohnrechts	149
1. Grundsatz	149
2. Kein kapitalisierter Mietwert	149
3. Kriterien für eine Bewertung	149
 5. Abschnitt. Hinweise zur Wertermittlung	
A. Wertkorrektur bei zeitnaher Verwertung zum Stichtag	152
B. Keine Doppelberücksichtigung von Vermögenspositionen beim Zugewinn und Unterhalt	153
C. Selbständiges Beweisverfahren	154
D. Überprüfung der Sachverständigengutachten	155
 6. Abschnitt. Der Ausgleichsanspruch (§ 1378 BGB)	
A. Art des Ausgleichs (§ 1378 I BGB)	156
B. Höhe der Ausgleichsforderung (§ 1378 II 1 BGB)	156
I. Voller Ausgleich in Höhe des vorhandenen Vermögens	156
II. Stichtag für die Höhe der Ausgleichsforderung (§ 1384 BGB)	156
III. Entstehung der Ausgleichsforderung (§ 1378 III 1 BGB)	158
IV. Verzinsung der Ausgleichsforderung	159
C. Tod eines Ehegatten	160
D. Vereinbarungen über den Ausgleich des Zugewinns	161
I. Vereinbarungen vor und während des Scheidungsverfahrens	161
II. Inhaltskontrolle eines Ehevertrags	162
1. Bestandskontrolle	162
2. Ausübungskontrolle	163
3. Zugewinnausgleich	163
III. Modifizierter Ehevertrag	165
E. Teilantrag und Nachforderung	165
I. Offener Teilantrag	165
II. Verdeckter Teilantrag	166
F. Sicherung der künftigen Ausgleichsforderung durch Arrest	167
G. Verjährung	168
 7. Abschnitt. Anspruch auf Auskunft (§ 1379 BGB)	
A. Regelung des Auskunftsanspruchs	169
B. Gegenstand der Auskunft	170
I. Auskunft über das Vermögen zum Zeitpunkt der Trennung (§ 1379 I 1 Nr. 1, II BGB)	170

II. Auskunft über das Anfangsvermögen (§ 1379 I 1 Nr. 2 BGB)	171
III. Auskunft über das Endvermögen (§ 1379 I 1 Nr. 2 BGB)	172
IV. Auskunft über illoyale Vermögensminderungen	172
1. Anspruch auf Auskunft	172
2. Beweislast bei illoyalen Vermögensminderungen	173
V. Allgemeiner Unterrichtungsanspruch über das Vermögen schon während des ehelichen Zusammenlebens	174
C. Form der Auskunft	174
D. Inhalt der Auskunft	175
I. Vermögensverzeichnis	175
II. Angabe wertbildender Faktoren	176
III. Vorlage von Belegen	177
E. Anspruch auf Wertermittlung und Wertangaben	178
F. Folgen einer nicht ordnungsgemäßen Auskunft	180
I. Ergänzung der Auskunft	180
II. Eidesstattliche Versicherung	180
G. Verweigerung der Auskunft	181
H. Antrag auf Auskunft	182
I. Stufenantrag	182
II. Form und Inhalt des Stufenantrags	183
I. Vollstreckung	185
J. Streitwert und Beschwer	186

8. Abschnitt. Anrechnung von Vorausempfangen (§ 1380 BGB)

A. Überblick	187
B. Zuwendungen	188
C. Durchführung der Anrechnung	189
D. Hochrechnung der Zuwendung	190
E. Zuwendungen aus dem Anfangsvermögen	191
F. Überhöhte Zuwendung	192
G. Gegenseitige Zuwendungen	193

9. Abschnitt. Leistungsverweigerung wegen grober Unbilligkeit (§ 1381 BGB)

A. Allgemeine Grundsätze	193
B. Einzelne Fallgruppen	195

10. Abschnitt. Stundung einer Ausgleichsforderung (§ 1382 BGB) 207

11. Abschnitt. Übertragung von Vermögensgegenständen (§ 1383 BGB)

A. Allgemeines	209
B. Interessenabwägung	210
I. Grobe Unbilligkeit für den ausgleichsberechtigten Ehegatten	210
II. Zumutbarkeit für den Schuldner	210
C. Gerichtliches Verfahren	211
I. Antrag	211
II. Zuständigkeit	211
III. Entscheidung	211
IV. Einstweilige Anordnungen	212
D. Schutz vor Teilungsversteigerung	212
E. Vermeidung der Spekulationssteuer	213

12. Abschnitt. Vorzeitiger Zugewinnausgleich (§§ 1385–1388 BGB)

A. Zwei verschiedene Verfahren (§§ 1385, 1386 BGB)	213
B. Die vier Tatbestände des § 1385 BGB	214
I. § 1385 Nr. 1: Dreijähriges Getrenntleben	214
II. § 1385 Nr. 2: Gefährdung der Ausgleichsforderung	214
III. § 1385 Nr. 3: Schuldhaftes Nichterfüllen wirtschaftlicher Verpflichtungen	214
IV. § 1385 Nr. 4: Beharrliche Weigerung, den Ehepartner über den Bestand seines Vermögen zu unterrichten	214
1. Unterrichtsanspruch	214
2. Unterrichtsanspruch und Auskunftsanspruch	216
C. Inhalt und Form der Anträge auf vorzeitigen Zugewinnausgleich	217
D. Vorzeitiger Zugewinnausgleich und Scheidungsverfahren: verschiedene Verfahrenskombinationen	218
I. Ein Scheidungsverfahren ist nicht anhängig	218
II. Ein Scheidungsverfahren ist bereits anhängig	219
E. Stichtag für die Berechnung und Höhe der Ausgleichsforderung (§ 1387 BGB)	220
F. Empfehlungen für die Praxis	220
G. Verfahrenswert	221

13. Abschnitt. Ansprüche des Ausgleichsberechtigten gegen Dritte (§ 1390 BGB) 221

2. Kapitel. Gütergemeinschaft

1. Abschnitt. Grundbegriffe und Grundregeln

A. Die einzelnen Vermögensmassen (§§ 1416ff. BGB)	225
I. Gesamtgut	225
1. Rechtsnatur	225
2. Umfang des Gesamtguts	226
II. Sondergut	227
III. Vorbehaltsgut	227
B. Verwaltung des Gesamtguts	228
I. Verwaltung durch einen Ehegatten	228
II. Verwaltung durch beide Ehegatten	229
C. Gesamtgutsverbindlichkeiten	232
I. Überblick	232
II. Haftung des Gesamtguts bei gemeinsamer Verwaltung	232
III. Haftung des Gesamtguts bei Alleinverwaltung	233
D. Ansprüche des Gesamtguts gegen die Eheleute	234
I. Überblick	234
II. Ansprüche des Gesamtguts bei Alleinverwaltung	234
III. Ansprüche des Gesamtguts bei gemeinsamer Verwaltung	235
IV. Fälligkeit und Abwicklung der Ansprüche	236

2. Abschnitt. Beendigung der Gütergemeinschaft

A. Beendigung durch Ehevertrag	237
B. Beendigung durch Aufhebungsklage	237
C. Beendigung durch Scheidung	237

3. Abschnitt. Die Liquidationsgemeinschaft

A. Überblick	238
B. Bestandsveränderungen	239

I. Vermögensmehrungen	239
II. Neue Verbindlichkeiten	240
III. Kosten und Lasten	240
C. Verwaltung des Gesamtguts	241
I. Gemeinsame Verwaltung	241
II. Mitwirkungspflichten	241
III. Verfügungsbefugnis	242

4. Abschnitt. Auseinandersetzung der Liquidationsgemeinschaft

A. Überblick	242
I. Vorrang einer privaten Vereinbarung	242
II. Die gesetzliche Regelung	243
III. Die Reihenfolge	244
B. Die einzelnen Schritte	244
I. Vermögensverzeichnis für das Gesamtgut mit Bewertungen (1. Schritt)	244
1. Das Vermögensverzeichnis	244
2. Der Stichtag	244
3. Bewertung des Gesamtguts	245
II. Tilgung der Gesamtgutsverbindlichkeiten (2. Schritt)	245
1. Einführung	245
2. Umfang der Verbindlichkeiten	246
3. Art der Tilgung	246
4. Ausnahme: Befreiende Schuldübernahme	246
5. Verwertung des Gesamtguts zur Schuldentilgung	247
III. Ausübung der Übernahmerechte (3. Schritt)	247
1. Überblick	247
2. Gegenständlicher Bereich Gütergemeinschaft:	248
3. Ausübung des Übernahmerechts	249
4. Wertersatz	249
a) Höhe	249
b) Zahlung durch Verrechnung	250
IV. Ersatzansprüche für das Eingebachte, Ererbte und Geschenke (4. Schritt)	251
1. Überblick	251
2. Ausübung des Anspruchs auf Wertersatz	251
3. Betroffene Gegenstände	251
4. Höhe der Wertersatzung	252
V. Herstellung der Teilungsreife (5. Schritt)	253
VI. Feststellung der Teilungsmasse und ihre Verteilung (6. Schritt)	254
VII. Ehewohnung und Haushaltsgegenstände (§§ 1568 a, 1568 b BGB)	256
VIII. Gütergemeinschaft und Störung der Geschäftsgrundlage	256

5. Abschnitt. Verfahrensrecht

A. Vermittlung durch den Rechtspfleger	257
B. Anspruch auf Mitwirkung und Auskunft	257
C. Teilungsversteigerung und Drittwiderspruchsklage	258
D. Übernahmeverfahren	258
E. Auseinandersetzungsverfahren	260
F. Gerichtliche Feststellung von Ansprüchen auf Wertersatz nach § 1478 Abs. 1 BGB	261
G. Ansprüche im Verbund	262
H. Verfahrenswert	262

6. Abschnitt. Auseinandersetzungsverfahren	263
---	-----

3. Kapitel. Gütertrennung

4. Kapitel. Deutsch-französische Wahl-Zugewinngemeinschaft

5. Kapitel. Ehewohnung und Haushaltsgegenstände

1. Abschnitt. Der Streit um die Ehewohnung

A. Aufhebung der Hausratsverordnung und Neuregelung im BGB	271
B. Vorläufige Wohnungsüberlassung in der Trennungszeit (§ 1361 b BGB)	271
I. Allgemeines	271
II. „Ehewohnung“	272
III. „Unbillige Härte“ (1361 b I 1, 2 BGB)	273
1. Gewalt und Bedrohung	273
2. Wohl von Kindern	274
3. Alkoholmissbrauch	275
4. Weitere „unbillige Härten“	275
5. Wechselseitiges Verhalten	276
6. Dingliche Rechte (§ 1361 b I 3 BGB)	276
7. Regelfall: Zuweisung der gesamten Wohnung (§ 1361 b II 1 BGB)	277
IV. Darlegungs- und Beweislast	277
1. Substantiierte Darlegung	277
2. Fehlende Scheidungsabsicht	277
3. Beweissicherung	278
4. Beweislast	278
5. Unwiderlegliche Überlassungsvermutung (§ 1361 b IV BGB)	279
V. Beteiligung des Vermieters	279
VI. Einstweilige Anordnung	280
VII. Anträge zur vorläufigen Wohnungsüberlassung (§ 1361 b I BGB)	280
VIII. Rechtskraft und Vollstreckung	281
IX. Zusätzliche Anordnungen zur vorläufigen Wohnungsüberlassung	282
1. Räumungsverpflichtung	282
2. Schutz- und Durchführungsanordnungen	282
3. Kündigungsverbot	283
4. Veräußerungsverbot	284
5. Verbot der Teilungsversteigerung	285
X. Anträge für Schutz- und Zusatzanordnungen	286
1. Antragsbeispiele	286
2. Vollstreckung und Anfechtung von Zusatzanordnungen	286
C. Nutzungsvergütung (§ 1361 b III 2 BGB)	287
I. Grundsatz	287
II. Vorrang der Unterhaltsregelung	287
III. Nachrang der Nutzungsvergütung gemäß § 745 II BGB	288
IV. Zahlungsaufforderung	289
V. Angemessene Überlegungszeit	289
VI. Vergütung nach Billigkeit	290
VII. Höhe der Vergütung	290
D. Überlassung einer gemeinsam genutzten Wohnung nach dem Gewaltschutzgesetz (§ 2 GewSchG)	292
E. Wiedereinräumung des Mitbesitzes	293

1. Die Ehegatten leben bereits getrennt in der Wohnung	293
2. Der ausgesperrte Ehegatte will sich nicht trennen	294
F. Endgültige Überlassung der Ehewohnung (§ 1568a BGB)	294
I. Allgemeines	294
II. Anspruch auf Überlassung der Ehewohnung (§ 1568a I BGB)	295
III. Änderung des bestehenden Mietverhältnisses (§ 1568a III BGB)	296
1. Allgemeines	296
2. Änderung des Mietvertrags durch Mitteilung an den Vermieter (Abs. 3 Nr. 1)	296
a) Überlassung der Wohnung bei Einigung der Eheleute	296
b) Form und Zeitpunkt der Mitteilung	297
c) Inhalt der Mitteilung	297
d) Mitwirkung des Ehepartners an der Änderung des Mietverhältnisses	298
3. Mietvertragsänderung durch Entscheidung des Familiengerichts (Abs. 3 Nr. 2)	299
4. Schutz- und Zusatzanordnungen	299
a) Allgemeine Anordnungen	299
b) Kündigungsverbot	299
c) Ausgleichszahlungen zugunsten des ausziehenden Ehegatten	300
5. Anträge auf gerichtliche Überlassung der Ehewohnung	301
a) Beide Ehegatten sind Mieter	301
b) Der Antragsgegner ist Alleinmieter	301
c) Die Antragstellerin ist Alleinmieter	301
6. Inhalt des Mietvertrags (§ 1568a III Nr. 1 und 2 BGB)	302
IV. Rechte des Vermieters	302
1. Beteiligung des Vermieters	302
2. Sonderkündigungsrecht des Vermieters (§ 1568a III 2 BGB)	303
V. Wohnung im Alleineigentum eines Ehegatten (§ 1568a II BGB)	303
VI. Wohnung im Miteigentum der Eheleute	304
VII. Dienstwohnung (§ 1568a IV BGB)	305
VIII. Begründung eines Mietverhältnisses (§ 1568a V BGB)	306
1. Allgemeines	306
2. Zweck eines Mietverhältnisses	306
3. Neuer Mietvertrag und Höhe der Miete	307
4. Befristung des Mietverhältnisses	308
5. Antrag auf Überlassung der Ehewohnung bei Miteigentum	308
IX. Jahresfrist (§ 1568a VI BGB)	309

2. Abschnitt. Verteilung der Haushaltsgegenstände

A. Aufhebung der Hausratsverordnung und Neuregelung im BGB	309
B. Haushaltsgegenstände	309
I. Der Begriff „Haushaltsgegenstand“	309
II. Kraftfahrzeuge	310
III. Eingebaute Einrichtungsgegenstände	312
IV. Hunde und andere Haustiere	313
V. Vorräte an Nahrungs- und Genussmitteln	315
VI. Rechte an Haushaltsgegenständen	315
VII. Keine Haushaltsgegenstände	316
C. Vorläufige Verteilung der Haushaltsgegenstände (§ 1361a BGB)	317
I. Herausgabeanspruch des Alleineigentümers (§ 1361a I 1 BGB)	317
II. Verpflichtung zur Gebrauchsüberlassung bei Alleineigentum (§ 1361a I 2 BGB)	318
III. Verteilung der gemeinsamen Haushaltsgegenstände (§ 1361a II BGB)	319
IV. Zusammenfassung	320
V. Nutzungsvergütung (§ 1361a III 2 BGB)	320

	Seite
D. Recht auf Auskunft	320
E. Die eigenmächtige Hausratsteilung	321
F. Ausblick	322
G. Endgültige Verteilung der Haushaltsgegenstände (§ 1568b BGB)	322
I. Überlassungs- und Übereignungsanspruch (§ 1568b I BGB)	322
1. Gemeinsames Eigentum	323
2. Miteigentumsvermutung (§ 1568b II BGB)	324
3. Überlassung nach „Billigkeit“ (§ 1568b I BGB)	325
4. Antrag auf Zuteilung von Haushaltsgegenständen	326
II. Ausgleichszahlung (§ 1568b III BGB)	327
III. Keine Antragsfrist	328
IV. Verweigerung der Abholung	328
3. Abschnitt. Das Verfahren in Ehewohnungs- und Haushaltssachen	
I. Zuständigkeit	329
II. Antrag (§ 203 FamFG)	329
III. Schutz- und Zusatzanordnungen (§ 209 I FamFG)	330
IV. Selbständiges Verfahren – Verbundverfahren	330
V. Amtsermittlung und Beweislast	330
VI. Wirksamkeit und Vollstreckung	331
VII. Abänderung der Entscheidung	331
VIII. Beteiligte (§ 204 FamFG)	332
IX. Einstweilige Anordnung	332
X. Rechtsmittel	333
XI. Verfahrenswerte	333
4. Abschnitt. Zuweisung von Ehewohnung und Haushaltsgegenständen bei ausländischen Staatsangehörigen	333
5. Abschnitt. Ehestörung durch Mitnahme des neuen Partners in die Wohnung	334
6. Kapitel „Sonstige Familiensachen“ nach § 266 I Nr. 3 FamFG	
1. Abschnitt. Auflösung von Miteigentum durch Teilungsversteigerung	
A. Überblick	337
B. Erforderliche Vorarbeiten	338
C. Beginn des Versteigerungsverfahrens	339
D. Der Beitritt	340
E. Rechtsbehelfe	340
I. Erinnerung und sofortige Beschwerde	340
II. Einstweilige Einstellung nach § 30 ZVG	340
1. Schutz der Interessen des Antragsgegners nach § 180 II ZVG	341
III. Einstweilige Einstellung nach § 765 a ZPO	342
IV. Drittwiderspruchsantrag	343
1. Verfügungsbeschränkungen nach § 1365 BGB bei Zugewinnngemeinschaft	343
2. Pflicht zur Rücksichtnahme gemäß § 1353 BGB	345
3. Unzulässige Rechtsausübung nach § 242 BGB	346
4. Verstoß gegen Ausschluss des Auseinandersetzungsrechts nach § 749 II BGB	346
5. Gerichtliche Zuständigkeit und Streitwert	347
F. Sonstige Schutzmaßnahmen	347
I. Wertfestsetzung	347
II. Versagung des Zuschlags	348

1. Zuschlagsversagung nach § 74a ZVG	348
2. Zuschlagsversagung nach § 85a ZVG	348
III. Sicherheitsleistungen	348
G. Die Gebote	349
I. Ausgebot	349
II. Geringstes Gebot	349
III. Bargebot	350
H. Der Versteigerungstermin	351
I. Der Zuschlag	352
J. Die Aufteilung des Erlöses	353
K. Sonderfälle	355
I. Der Ersteher zahlt nicht	355
II. Nicht oder nicht voll valutierte Grundpfandrechte im geringsten Gebot Teilungsversteigerung	355

2. Abschnitt. Ausgleich gemeinsamer Schulden

A. Wirksamkeit der Mithaftung	357
I. Echte Mitschuldnerschaft	358
II. Krasse finanzielle Überforderung	358
III. Beweislast für krasse finanzielle Überforderung	359
IV. Maßgebender Zeitpunkt für die finanzielle Überforderung	360
V. Berücksichtigung künftiger Leistungsfähigkeit	360
VI. Keine Sittenwidrigkeit bei unmittelbar eigenem Vorteil	360
VII. Weitere Fälle der Sittenwidrigkeit	361
B. Rechtliche Grundlagen für den Innenausgleich bei Gesamtschulden	361
I. Gesetzliche Regel und anderweitige Bestimmung (§ 426 I BGB)	361
II. Ausnahme: Ausgleich für Schuldtilgungen während ehelicher Lebensgemeinschaft	362
C. Gesetzlicher Forderungsübergang (§ 426 II BGB)	363
D. Ausgleich für Schuldtilgungen nach Scheitern der Ehe	363
I. Gesetzliche Regel	363
II. Maßgeblicher Stichtag für den Ausgleichsanspruch	364
III. Darlegungs- und Beweislast	364
1. Grundsatz	364
2. Beweislast für den Trennungszeitpunkt	365
E. Ausnahmen: Kein Ausgleich für Schuldtilgungen in der Trennungszeit	365
I. Alleinige Nutzung des gemeinsamen Hauses	366
II. Mietschulden	368
1. Einverständlicher Auszug eines Ehegatten	368
2. Auszug im Streit	368
3. Höhe der Beteiligung	368
4. Kautio	369
5. Kein Anspruch auf Zustimmung zur Kündigung	369
III. Pkw-Kredit	369
F. Mithaftung für alleinige Schulden des Ehepartners	370
G. Gesamtschuld und Unterhalt	371
I. Gesamtschuld als Abzugsposten bei der Unterhaltsberechnung	371
1. Ehegattenunterhalt	371
2. Kindesunterhalt	371
3. Nicht geltend gemachter Unterhalt und Gesamtschuldnerausgleich	371
H. Gesamtschuld und Zugewinnausgleich	372
I. Kein Vorrang des Zugewinnausgleichs	372
II. Ansatz der Gesamtschuld in den Bilanzen des Zugewinns	373

	Seite
III. Vor Eheschließung entstandene Gesamtschulden	374
1. Endvermögen	374
2. Anfangsvermögen	375
3. Ergebnis des Zugewinnausgleichs	376
IV. Auswirkung gegenseitiger Ansprüche auf den Zugewinnausgleich	377
J. Keine Doppelberücksichtigung von Schulden	379
I. Tilgung einer Alleinschuld	379
II. Tilgung einer Gesamtschuld	380
1. Unterhaltsanspruch der Ehefrau F	381
2. Zugewinnausgleich der F	381
K. Abzahlung eines zur gemeinsamen Vermögensbildung aufgenommenen Kredits	381
L. Befreiungsanspruch	382
I. „Allgemeiner“ Befreiungsanspruch nach § 257 BGB	382
II. Befreiungsanspruch nach § 426 I BGB	382
III. Vollstreckung des Befreiungsanspruches	383
M. Gerichtliche Zuständigkeit	384
 3. Abschnitt. Rückgewähr von Zuwendungen	
A. Schenkung oder ehebezogene Zuwendung	385
I. Die „Konstruktion“ einer ehebezogenen (unbenannten) Zuwendung	385
II. Bezeichnung als „unbenannte“ oder „ehebezogene“ Zuwendung	386
III. Definition der „ehebezogenen Zuwendung“	386
IV. Schwiegerelterliche Zuwendungen	386
V. Regelfall: ehebezogene Zuwendung	387
VI. Beispiele für ehebezogene Zuwendungen	388
VII. Form des Versprechens einer ehebezogenen Zuwendung	389
VIII. Unzutreffende Bezeichnung als „Schenkung“	389
IX. Abgrenzung ehebezogene Zuwendung – Ehegatteninnengesellschaft	390
X. Abgrenzung ehebezogene Zuwendung – Bruchteilsgemeinschaft	391
B. Rückabwicklung von ehebezogenen Zuwendungen	391
I. Anspruchsgrundlage	391
II. Rückgewähr bei Zugewinnngemeinschaft	391
III. Rückgewähr bei Gütertrennung	393
IV. Ausnahmefälle	394
V. Rückübertragung eines ausgebauten Grundstücks	395
VI. Stichtag für die Rückgewähr	396
VII. Höhe der Rückgewähr	397
VIII. Darlegungs- und Beweislast	400
1. Allgemein	400
2. Rückgewähr in Natur	400
IX. Verjährung des Rückgewähranspruchs	401
X. Verwirkung	401
XI. Verfahrensrecht	402
XII. Bedeutung der ehebezogenen Zuwendung in der anwaltlichen und familiengerichtlichen Praxis	402
C. Rückforderung von Schenkungen	403
I. Schenkung als Ausnahmefall	403
II. Widerruf einer Schenkung	404
III. Schenkungswiderruf und Zugewinnausgleich	404

4. Abschnitt. Ausgleich für die Mitarbeit eines Ehegatten

A. Ehegatteninnengesellschaft	406
I. Die Entwicklung der Ehegatteninnengesellschaft in der Rechtsprechung	406
II. Die Rechtsprechung des BGH zur Ehegatteninnengesellschaft	406
III. Voraussetzungen einer Ehegatteninnengesellschaft	407
1. Abschluss eines Gesellschaftsvertrags	407
a) Schriftlicher Arbeitsvertrag	407
b) Konkludente Ehegatteninnengesellschaft	408
IV. Abgrenzung Außen- und Innengesellschaft	409
V. Abgrenzung zur ehebezogenen Zuwendung	410
VI. Zeitpunkt der Entstehung des Ausgleichsanspruchs (Stichtag)	411
VII. Art und Höhe des Ausgleichsanspruchs	412
1. Anspruch auf Geldzahlung	412
2. Umfang und Bewertung des Vermögens	412
3. Beteiligungsquote	413
4. Beteiligung am Verlust	414
5. Darlegungs- und Beweislast	415
6. Antrag auf Rechnungslegung und Zahlung	416
7. Bedeutung des Güterstands	416
a) Gütertrennung	416
b) Zugewinnngemeinschaft	417
c) Gütergemeinschaft	419
8. Kritik an der Ehegatteninnengesellschaft	419
9. Verfahrensrecht	419
10. Verjährung	420
B. Einfache Mitarbeit: familienrechtlicher Kooperationsvertrag	420
I. Die Entwicklung eines familienrechtlichen Vertrags eigener Art	420
II. Voraussetzungen eines familienrechtlichen Kooperationsvertrags	422
III. Bedeutung des Güterstands	422
1. Ausgleich bei Zugewinnngemeinschaft	422
2. Ausgleich bei Gütertrennung	423
3. Grund und Höhe des Ausgleichsanspruchs	423
4. Maßgeblicher Stichtag	424
IV. Verjährung	424

5. Abschnitt. Ausgleich für voreheliche Zuwendungen

A. Ausgleich bei Zugewinnngemeinschaft	425
I. Berechnung des ergänzenden Ausgleichsanspruchs nach BGH	426
II. „Vereinfachte“ Berechnungsmethode	427
B. Ausgleich bei Gütertrennung	428
C. Ausgleich für „echte“ Schenkungen vor Eheschließung	429
D. Ausgleich für Zuwendungen bei Scheitern des Verlöbnisses	430

6. Abschnitt. Streit um Bankkonten, Sparbücher, Bausparkonten und Wertpapiere

A. Allgemeines	430
B. Einzelkonto	431
I. Berechtigung am Einzelkonto	431
1. Der Konteninhaber ist alleiniger Gläubiger	431
2. Ausnahme: Teilhabe am Kontoguthaben des anderen Ehegatten	431
3. Bruchteilsgemeinschaft und ehebezogene Zuwendung	434
4. Zusammenfassende Grundsätze	434

	Seite
II. Ausgleichsansprüche wegen unberechtigter Kontoabhebungen	435
1. Reichweite der Vollmacht	435
2. Abhebungen während des Zusammenlebens	436
a) Regelfall	436
b) Ausnahmefälle	437
3. Abhebungen nach Trennung	437
a) Regelfall	437
b) Ausnahmefälle	438
4. Schadensersatz- und Herausgabeansprüche	439
5. Beweislast	439
C. Gemeinschaftskonto	441
I. Form des Gemeinschaftskontos	441
II. Abhebungen während des Zusammenlebens	441
1. Gesetzliche Regel: hälftiger Ausgleich	441
2. Ausnahme von der gesetzlichen Regel: kein Ausgleich bei intakter Ehe	441
3. Ausgleich bei Missbrauch des Vertrauensverhältnisses	442
III. Abhebungen nach der Trennung	443
IV. Beweislast	444
D. Errichtung eines Sparbuchs auf den Namen eines Kindes	445
I. Sparbuch: Großeltern für die Enkelkinder	445
II. Sparbuch: Eltern für die Kinder	445
E. Streit bei Bausparverträgen	448
F. Aufteilung von Wertpapieren	448
I. Grundsätze	448
II. Feststellung des Eigentümers	449
7. Abschnitt. Kapitalabfindung von Unterhaltsansprüchen	
A. Überblick	451
B. Berechnung der Laufzeit	452
C. Berechnung des Barwerts	453
D. Zusätzliche unterhaltsrechtliche Faktoren	454
E. Keine Abänderungsmöglichkeit	456
8. Abschnitt. Weitere Ansprüche	
A. Schadensersatzansprüche	457
I. Überblick	457
II. Ermäßigter Haftungsmaßstab	457
III. Pflicht zur Rücksichtnahme	458
IV. Einzelfälle von Schadensersatzansprüchen	459
V. Kein Schadensersatz bei Beendigung der Mitarbeit	465
VI. Beweislast	465
B. Ansprüche aus Vermögensverwaltung	465
I. Ersatz für fehlendes Vermögen	465
II. Auskunft	467
C. Ansprüche aus Treuhandverhältnissen	468
I. Überblick	468
II. Rückgabeansprüche	469
D. Haftung aus Bürgschaften	469
I. Haftung gegenüber der Bank	469
II. Ausgleichsansprüche	471
E. Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	472
F. Schadenfreiheitsrabatt	473

7. Kapitel. Steuern in der Vermögensauseinandersetzung

A. Steuern in den Vermögensbilanzen des Zugewinns	475
I. Einkommensteuer	475
1. Fälligkeit und Entstehung	475
a) Steuerschulden	475
b) Steuernachzahlungen	476
c) Steuererstattungen	476
d) Steuervorauszahlungen	476
2. Verbot der Doppelberücksichtigung von Steuererstattungen und Steuernachzahlungen	477
II. Kirchensteuer	480
III. Umsatzsteuer	480
B. Latente Ertragsteuer	480
I. Latente Ertragsteuer im End- und Anfangsvermögen	481
1. Regelfall	481
2. Ausnahmefall	481
3. Höhe der Steuer	482
II. Latente Ertragsteuer bei Grundstücken	483
1. Abzug einer fiktiven „Spekulationssteuer“ am Stichtag	483
2. Steueranfall bei Veräußerung des Grundstücks vor dem Stichtag	485
III. Latente Steuern bei Lebensversicherungen	485
IV. Latente Steuerlast bei Wertpapieren	486
V. „Latente Last“ bei vermögenswirksamen Leistungen	487
VI. Konsequenzen für die anwaltliche Tätigkeit	487
C. Vorschlag für eine sachgerechte Bewertung der Steuerlast	487
D. Kein Steueranfall für den erworbenen Zugewinnausgleich	488
E. Ehebezogene Zuwendungen und Steuern	489
F. Gütergemeinschaft und Steuern	489
G. Gemeinsame Veranlagung	490
H. Zustimmung zum Realsplitting	491
I. Aufteilung von Steuerschulden	492
I. Während des ehelichen Zusammenlebens entstandene Steuerschulden	492
II. Nach Scheitern der ehelichen Lebensgemeinschaft entstandene Steuerschulden	493
1. Gesetzliche Grundregel	493
2. Ausnahme von der gesetzlichen Grundregel	493
a) Ausgleich nach fiktiver Einzelveranlagung	494
b) Aufteilung im Verhältnis der beiderseitigen Einkünfte	494
III. „Familienrechtliche Überlagerung“	494
IV. Auswirkung des Ausgleichsanspruchs bei Zugewinnngemeinschaft	495
V. Ausgleich von Verlusten	496
1. Teilhabe an der Steuerersparnis des Ehepartners	496
2. Nachteilsausgleich	496

8. Kapitel. Vermögensauseinandersetzung mit Schwiegereltern

1. Abschnitt. Rückforderung von Zuwendungen der Schwiegereltern

A. Allgemein	499
B. Die Rechtsprechung des BGH	499
I. „Echte“ Schenkungen an Kind und Schwiegerkind	499
II. Wegfall der Geschäftsgrundlage	500
III. Höhe des Rückgewähranspruchs	500
C. Anspruch wegen ungerechtfertigter Bereicherung	501

	Seite
D. Kein Anspruch der Eltern gegen ihr Kind	502
E. Verjährung	502
F. Zuständigkeit	503
 2. Abschnitt. Bestimmung des Leistungsempfängers von Zuwendungen	
A. Zuwendungen der Eltern/Schwiegereltern – nur an das eigene Kind – oder auch an das Schwiegerkind?	503
B. Kettenschenkung	505
C. Vereinbarung eines Darlehens	506
 3. Abschnitt. Zugewinnausgleich zwischen den Eheleuten	
A. Die frühere Rechtsprechung	506
B. Die jetzige Rechtsprechung	507
I. Schenkung im Anfangs- und Endvermögen	507
II. Belastung mit dem Rückforderungsanspruch der Schwiegereltern	507
III. Kritische Würdigung der Rechtsprechung des BGH	508
IV. Auswirkungen des Rückforderungsanspruchs der Schwiegereltern auf den Zugewinnausgleich in besonderen Fällen	509
C. Ausgleich für Arbeitsleistungen: Kooperationsvertrag	512
I. Rechtliche Bewertung der Arbeitsleistungen	512
II. Höhe des Ausgleichsanspruchs der Schwiegereltern	513
III. Zugewinnausgleich zwischen Kind und Schwiegerkind bei Arbeitsleistungen	513
D. Rückforderung eines Grundstücks	514
I. Art der Rückgewähr	514
II. Höhe der Ausgleichszahlung	515
III. Berechnung des Ausgleichsanspruch	516
IV. Antrag	517
V. Zugewinnausgleich zwischen den Eheleuten	517
E. Anspruch der Schwiegereltern auf Rückgabe einer unentgeltlich überlassenen Wohnung	517
 4. Abschnitt. Ansprüche des Schwiegerkindes	
A. Anspruch des Schwiegerkindes für den Ausbau des Hauses der Schwiegereltern	518
I. Nur ein Ehegatte zieht aus	518
II. Beide Ehegatten ziehen aus	519
III. Höhe des Anspruchs	520
B. Eltern schenken das vom Schwiegerkind ausgebaute Haus ihrem Kind	520
I. Ansprüche gegen die Schwiegereltern	521
II. Ausgleich zwischen den Eheleuten	521
III. Sachgerechtes Ergebnis	522
C. Eltern schenken ihrem Kind das von diesem während der Ehe ausgebaute Haus	522
D. Das Kind hat vor Eheschließung das Haus seiner Eltern ausgebaut	523
 9. Kapitel. Vermögensauseinandersetzung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	
1. Abschnitt. Bestimmung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	
A. Allgemein	525
B. Definition der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	525
C. Gleichbehandlung hetero- und homosexueller Lebensgemeinschaften	526

2. Abschnitt. Vermögensausgleich bei Scheitern der nichtehelichen Lebensgemeinschaft

A. Die frühere Rechtsprechung	526
B. Die Rechtsprechung des XII. Senats beim BGH	527
I. Kein Ausgleich für Ausgaben des „täglichen Lebens“	528
II. Ansprüche wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB)	529
1. Gemeinschaftsbezogene Zuwendungen	529
2. Arbeitsleistungen	529
III. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	530
IV. Ansprüche aus Gesellschaftsrecht	531
V. Rückforderung einer Schenkung	532
VI. Grundsätze für den Ausgleich gemeinschaftsbezogener Zuwendungen und Arbeitsleistungen	532
1. Anspruchsgrundlage	533
2. Grund und Höhe des Ausgleichs	533
3. Entstehung des Anspruchs	535
4. Art der Rückgewähr	535
VII. Zusammenfassung	536

3. Abschnitt. Vermögensausgleich in Einzelfällen

A. Die gemeinsam genutzte Wohnung	536
I. Nur ein Lebensgefährte ist Mieter	536
1. Aufnahme des Partners in die Wohnung	536
2. „Rauswurf“ des Lebensgefährten	537
II. Beide Lebensgefährten sind Mieter	537
1. Freistellungsanspruch	537
2. Anspruch auf Mitwirkung bei der Kündigung	537
III. Ein Lebensgefährte ist Eigentümer der Wohnung	538
IV. Alleinige Nutzung des gemeinsamen Hauses	538
V. Wohnungszuweisung nach dem Gewaltschutzgesetz	539
B. Haushaltsgegenstände	539
I. Feststellung des Eigentümers	539
II. Auseinandersetzung der Haushaltsgegenstände	540
C. Der Streit um den Hund	541
D. Kraftfahrzeuge	541
E. Bankkonten	543
I. Einzelkonto	543
II. Gemeinschaftskonto	544
F. Schuldenausgleich	544
I. Einzelschulden	544
II. Gesamtschulden	545
III. Schuldtilgungen während des Zusammenlebens	545
IV. Schuldtilgungen nach der Trennung	546
G. Rückforderung eines Darlehens	548
I. Beweislast	548
II. Fälligkeit des Darlehens	548
H. Bürgschaften	549

4. Abschnitt. Ausgleichsansprüche gegen die Eltern des Lebensgefährten 550

5. Abschnitt. Gerichtliche Zuständigkeit 550

10. Kapitel. Andere Formen des gemeinschaftlichen Lebens und Wirtschaftens

11. Kapitel. Anhang und Tabellen

A. Verbraucherpreisindex (VPI)	554
B. Indexfaktoren	555
C. Barwert lebenslanger Rente	557
D. Barwerttabelle zur Berechnung lebenslanger Verpflichtungen	558
E. Vorversterbensrisiko	560
F. Sterbetafel	563
G. Barwerttabelle zeitlich befristete periodische Leistung	566
H. Vermögenswert von Unterhaltsabfindungen und befristeten Nutzungsrechten	567
I. Abzinsungzinssätze (BilMoG-Zins nach § 253 HGB)	570
J. Barwerttabelle zur Berechnung einer künftigen Verbindlichkeit (Abzinsung)	571
K. Höchstrechnungszins	572
L. Unterhaltsabfindungstabelle	572
Sachverzeichnis	573

